# Harte Strafen im Athener Widerstandsprozeß

## Lebenslänglich für Karagiorgas / Mangakis erhält 18 Jahre Gefängnis / Anträge des Kronanwalts vom Gericht ignoriert

HJK. ATHEN, 12. April. Das Militärsondergericht in Athen hat am Sonntag in dem Hochverratsprozeß gegen die 34 Mitglieder der Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung" seinen Urteilsspruch abgegeben und dabei die Strafanträge des Vertreters der Krone zum Teil völlig ignoriert, indem es in sieben Fällen auf Freispruch erkannte, in anderen nicht unbeträchtlich unter dem geforderten Strafmaß blieb.

Das Urteil gegen den angeblich hauptverantwortlichen Führer der illegalen Oppositionsgruppe, den Volkswirtschaftler Professor Karagiorgas, für den der Ankläger das Todesurteil gefordert hatte, lautete auf lebenslänglich Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 18 Jahre Freiheitsentzug gegen den Strafrechtler Professor Mangakis, den französischen Journalisten Starakis und den Chemiker Loukas, gegen die der Kronanwalt lebenslänglich Gefängnis gefordert hatte.

Zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten die fünf Militärrichter den Fernmeldetechniker Kombotiatis und zu je acht Jahren den 69jährigen Generalleutnant a. D. Iordanides, den Rechtsanwalt und Generalsekretär der „Sozialdemokratischen Union" Protopapas und den Studenten Constantopoulos. Das Urteil für den ehemaligen Richter Michalakeas und den Taxifahrer Kotsakis lautete auf zehn Jahre Gefängnis.

Der Präsident des aus fünf Offizieren bestehenden Gerichts gab daneben den Freispruch von sieben Angeklagten bekannt, die er als nichtschuldig bezeichnete. Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren, jedoch mit Strafaussetzung auf Bewährung verbunden, verhängte das Gericht gegen sieben Angeschuldigte, darunter die drei in dem Prozeß angeklagten Frauen.

Das Verfahren gegen die 34 Angeklagten vor dem Sondergericht in Athen hat in seinem zweieinhalbwöchigen Verlauf nicht nur in Griechenland stärkere Beachtung gefunden als alle bisherigen politischen Prozesse, sondern auch internationale Reaktionen zur Folge gehabt, die im Kabinett und vor allem im Außenministerium ernsthafter bedacht sein dürften, als man amtlicherseits erkennen zu geben geneigt ist. Außenminister Pipinelis ließ vor dem Wochenende zwei Erklärungen verbreiten, in denen er Stellungnahmen des stellvertretenden italienischen Ministerpräsidenten De Martino und des Bundesjustizministers Jahn zu dem Verfahren und den Strafanträgen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands zurückwies, die nur „Empörung" ausgelöst hätten.

Pipinelis formulierte am Freitag, an die Bonner Adresse gerichtet, man erwarte „in jedem Fall von der deutschen Regierung, daß sie sich in ihrer Haltung von der unethischen Erklärung ihres Ministers zur Klarstellung der Frage distanziert, ob unsere Beziehungen mit Westdeutschland — wie wir zutiefst wünschen — eng und freundlich bleiben können".

Die Verteidigung hatte sich mit einem Aufgebot von 40 Anwälten in den Plädoyers seit Donnerstag im wesentlichen darauf beschränkt, die Behauptungen des Vertreters der Krone zu entkräften, in denen die Angeklagten des Versuchs „zu einem Umsturz des verfassungsmäßigen Regimes mit gewaltsamen Mitteln" und „zu einer Veränderung der Gesellschaftsordnung" unter kommunistischen Vorzeichen beschuldigt wurden. Darauf steht nach einem Gesetz aus der Zeit des Bürgerkriegs die Todesstrafe. Die Opposition der 34 Angeklagten gegen das nahezu dreijährige Militärregime wurde durchweg sogar nachdrücklich bekräftigt, zum Teil in Wendungen, mit denen die Verteidiger zu Anklägern wurden. Die Angeschuldigten, darunter die Professoren Karagiorgas und Mangakis, denen Bombenanschläge in Athen oder illegaler Besitz von Sprengkörpern nachgewiesen wurde, bekannten sich dazu auch abstrichlos.

Angesichts des Beweismaterials und der Geständnisse ihrer Mandanten konnten die Anwälte dabei nur um Strafmilderung bemüht sein, nachdem Liappis am Mittwoch neben der Hinrichtung von Karagiorgas als „einem Krebsgeschwür am Volkskörper" für vier Angeklagte, darunter den Strafrechtler Mangakis, die lebenslängliche Freiheitsstrafe und für weitere 21 insgesamt 264 Jahre Gefängnis gefordert hatte, den Freispruch dagegen nur in drei Fällen.